

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Friedrich Eberlein
Redaktions-Telefonnummer: 25241
Post für Nachrichten: Nr. 20011
Schlüsselnummer u. Druckerschlüssel:
Eberlein - Nr. 1, Waisenstraße 30/32

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 3,20 RM, einschließlich 75 Pfg. für Erhebungs-, Druck- u. Postgebühren 3,20 RM, einschließlich 65 Pfg. Postgebühren (ohne Postzusatzgebühren) bei Totalabonnementen. Einzelnummern 10 Pfg. Bezugspreis: Die einwöchige 30 mm breite Seite 20 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 30 mm breite Seitenzahl 200 Pfg., auswärts 250 Pfg., auswärts, Anzeigenblätter u. Zettel, Anzeigenblätter und Zeitungsblätter ohne Inhalt 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Eilzustellung 30 Pfg. Anzeigenblätter gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Alfred & Reichardt, Dresden, Völkers-Str. 1065 Dresden
Kaufdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresdn. Nachr.) möglich. Unverlangte
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

Der Reichstagswahlkampf beginnt Radikalisierung der Sozialdemokratie

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Februar. Angesichts der kurzen Zeit des vor uns liegenden Wahlkampfes — der kürzeste, der jemals durchgeführt wurde — ist es nicht verwunderlich, daß schon am ersten Tage nach der Auflösung des Reichstags der Kampf beginnt. Die Sozialdemokratische Partei hat bereits ihren Wahlspruch herausgegeben, der zum Angriff der „Freiheitsfront“ gegen die „Danzburger Front“ auffordert. In dem Aufruf, der selbstverständlich eine sehr scharfe Polemik gegen die Männer der neuen Regierung darstellt und der sich vor allem gegen den Vorwurf „Kommunistenverbrecher“ wendet, ist besonders bemerkenswert, daß er

ganz eindeutig für Enteignung des Großgrundbesitzes und Aufstellung des Landes an Bauern und Landarbeiter, für Enteignung der Schwerindustrie und für den Aufbau einer sozialistischen Plana- und Volkswirtschaft

eintritt. Die SPD. kehrt damit zu den ursprünglichen Forderungen des Erörterungsprogramms zurück. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Betonung der rein sozialistischen Grundforderungen eine gewisse Annäherung an den Kommunismus darstellt.

Eine wesentliche Rolle im Wahlkampf wird zweifellos auch der gestern veröffentlichte Briefwechsel zwischen dem Reichskanzler und dem Zentrumsführer Kaas spielen. Das Zentrum bemüht sich, der Regierung weitere Schwierigkeiten zu machen und durch diesen Briefwechsel festzustellen, daß das Zentrum und die Wähler der Volkspartei bereit gewesen wären, an der Bildung einer arbeitstüchtigen Mehrheit im Reichstage mitzuwirken.

Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident sich auf diese unbedingten Forderungen, daß die Auflösung des Reichstages verfassungswidrig sei, nicht einlassen wird.

Die Neuherungen Brechtis auf der gestrigen Reichstagsitzung werden natürlich von der Linkspresse lebhaft begrüßt, und in den Kommentaren heißt es, daß Hitler wieder eine Rede über „Tradition“ und „völkisches Faisan“ gehalten hätte. Brechtis dagegen hätte es verstanden, in vornehmer, aber deutlicher Form dem neuen Reichskanzler einige Lehren auf den Weg zu geben, die gerade nach dem Temperamentsausbruch in dem Aufruf vom Mittwoch nicht unverdient gewesen wären. Im Grunde spricht aber aus alledem die ratlose Verlegenheit der Linken vor einer politischen Entwicklung, die ihr über den Kopf gewachsen ist.

Listenverbindung Volkspartei-Volkssdienst

Berlin, 3. Febr. Am Reichstage fand am Freitag zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei und des Christlichsozialen Volkssdienstes, deren Gruppen im bisherigen Reichstage bekanntlich zu der Fraktion der Technischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen waren, eine gemeinsame Besprechung über das Vorhaben dieser Parteien im bevorstehenden Wahlkampf statt. Wie das Nachrichtenbüro des V.D. hört, ist ein gemeinsamer Wahlvorschlag nicht geplant; sowohl die Deutsche Volkspartei als auch der Volkssdienst werden eigene Wahlvorschläge einreichen. Dagegen ist beabsichtigt, um technische Stimmenverluste nach Möglichkeit zu vermeiden, Listenverbindungen einzugehen.

Freid's Staatssekretär

Berlin, 3. Febr. Wie wir erfahren, ist Dr. Pfundner zum Staatssekretär des Reichsinnenministeriums ernannt worden. Dr. Pfundner war in den letzten Jahren in Berlin als Rechtsanwalt tätig. Er war früher Vortragender Rat im Reichsamt des Innern, ist also ein erfahrener Beamter und gilt außerdem als hervorragender Jurist.

Zu den Nachrichten, daß demnächst eine Konferenz der Ministerpräsidenten der deutschen Länder in Berlin stattfinden würde, wird an amtlicher Stelle erklärt, daß der Reichskanzler bisher noch keine Entscheidung über die Einberufung einer solchen Konferenz getroffen hat. Dagegen wird demnächst eine Zusammenkunft der Kulturreferenten einzelner Länder in Berlin stattfinden.

Vorläufig keine Terrornotverordnung

Über Maßnahmen gegen die rote Pressehefte

Berlin, 3. Febr. Die Zeitungs- und Nachrichtenblätter, die die Reichsregierung zur Bekämpfung des bolschewistischen Mordverord eine Terrornotverordnung in Aussicht genommen habe, werden von amtlichen Berliner Stellen dahin beantwortet, daß es sich hier weitgehend um Kombinationen handelt. Es ist keine Terrornotverordnung, auch keine Erweiterung der jetzt geltenden Strafbestimmungen beabsichtigt. Es haben allerdings in der letzten Zeit im Reichskabinett anlässlich der händlichen Ueberfälle auf Mitglieder der R.D.A.P. Erwägungen geschwebt, die aber noch zu keinem Abschluß gelangt sind. Man verweist nochmals auf die Erklärungen, die der Reichsinnenminister Dr. Fried am Tage der Ernennung des Kabinetts Hitler vor den Vertretern der Presse abgegeben hat und in denen er darauf hinwies, daß die Reichsregierung nur dann zu außer-

ordentlichen Maßnahmen greifen würde, wenn sie dazu gezwungen werde. — Wie die Dinge augenblicklich liegen, glaubt man an den zuständigen Stellen, durchaus mit politischen Maßnahmen auskommen zu können. Das einzige, was an neuen Maßnahmen möglich wäre, ist vielleicht ein scharfes Eingreifen gegen politische Hefte in der Presse. Es wäre denkbar, daß in absehbarer Zeit für dieses Gebiet eine ähnliche Verordnung geschaffen wird, wie sie früher bereits vorhanden war.

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten

Berlin, 3. Februar. Beamte der politischen Abteilung haben heute morgen kurz vor 11 Uhr das Haus der R.D. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) in der Münzstraße zum Zwecke einer Durchsuchung besetzt.

Braunschweig, 3. Febr. Bei 63 in der Stadt Braunschweig wohnhaften Anhängern der R.P.D. sind heute früh Hausdurchsuchungen nach Druckschriften hochverräterischen Inhaltes sowie nach Schuß-, Stieb- und Stichtwaffen vorgenommen worden.

Frankfurt a. M., 3. Febr. Bei der Leitung der R.P.D. ihren familiären Unterorganisationen sowie bei einer Reihe von Funktionären der Partei fanden heute Hausdurchsuchungen statt. Die Aktion, die mit einem großen Polizeiaufgebot an 25 Stellen durchgeführt wurde, verlief ohne jeden Zwischenfall. Es wurde eine ganze Wagenladung Material beschlagnahmt, dessen Sichtung noch nicht abgeschlossen ist.

Auch Kommunalwahlen in Preußen

Berlin, 3. Februar. In unterrichteten Kreisen wird dem Nachrichtenbüro des V.D. erklärt, die nachstehenden Stellen der Reichs- und der kommunalistischen preussischen Regierung hätten die Absicht, bei den am 5. März durchzuführenden Neuwahlen zum Reichstage nicht nur gleichzeitig die Neuwahl für den Preussischen Landtag auf jeden Fall mit anzugehen, sondern darüber hinaus auch diejenigen provinziellen und kommunalen Körperschaften neu wählen zu lassen, die von sich aus

die Zusammenlegung des preussischen Staatsrats bestimmen. Es habe sich in der Vergangenheit sehr oft als unangemessen und die politische Arbeit hemmend erwiesen, daß der preussische Staatsrat, der bereits seit mehreren Jahren in der gegenwärtigen Zusammenlegung unverändert besteht, noch nicht dem Volkswillen Rechnung trage. Aus diesem Grunde und zugleich aus Erparnisgründen denke man daran, auch die Provinziallandtage und die in Frage kommenden kommunalen Körperschaften am 5. März mit zur Neuwahl zu stellen.

In diesem Zusammenhang verläutet noch, daß seit Neubildung der Reichsregierung eine gewisse Vereinfachung in der

Befehlshaberpraxis der preussischen kommunalistischen Regierung

Keine Unterbrechung der Stillhalterverhandlungen

Berlin, 3. Februar. Von einer ausländischen Nachrichtenagentur ist behauptet worden, daß die gegenwärtig in Berlin im Gange befindlichen Stillhalterverhandlungen auf Anregung des amerikanischen Vertreters Wiggins im Hinblick auf die Regierungsumbildung in Deutschland bis zum Reichstagswahltermin vertagt werden sollen. Von ausländischer Seite werden diese Behauptungen als nicht richtig bezeichnet. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß es im Laufe der Verhandlungen, die ja erst am Montag begonnen haben, zur Erörterung schwieriger Streitpunkte kommen wird, die aber keineswegs etwas mit der Regierungsumbildung in Deutschland zu tun haben. Falls sich die Behauptung, daß das geltende Stillhalteabkommen kurzfristig verlängert werden soll, ebenso unzutreffend sind aber die verschiedentlich im Umlauf befindlichen gegenteiligen Meldungen, wonach die Verhandlungen bereits in acht Tagen zum Abschluß kommen würden. Dies ist angesichts der umfangreichen Materie und der Tatsache, daß sie ja erst in dieser Woche begonnen haben, nicht möglich.

Macdonald Vorsitzender der Weltwirtschaftskonferenz

Genf, 3. Februar. Macdonald hat in einem Schreiben an den Völkerverbandsrat mitgeteilt, daß er die Einladung des Völkerverbandsrates zur Uebernahme des Vorsitzes der Weltwirtschaftskonferenz in London annehme.

Am Dienstag Ueberwachungsausschuss

Berlin, 3. Februar. Der Reichstagsausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist von seinem Vorsitzenden, dem Abg. Vöbe (Soz.), für Dienstag 11 Uhr einberufen worden. Zur Beratung steht zunächst ein Antrag der Sozialdemokraten zur Sicherung der Wahlfreiheit. Als zweites Punkt enthält die Tagesordnung Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten über die Unterbrechung der Dshilfe. Es wird beantragt, den Ueberwachungsausschuss in einen Untersuchungsausschuss umzuwandeln, um die Nachprüfung der Dshilfe, die in einem Untersuchungsausschuss des Haushaltsausschusses begonnen worden war, fortzusetzen.

Kabinettsrat über die politische Lage

Berlin, 3. Februar. Heute Freitag um 18,30 Uhr findet eine Besprechung der Reichsminister über die politische Lage statt. — Die Reichskommissare für Preußen werden zu ihrer ersten Sitzung unter dem Vorsitz des neuen Reichskommissars für das Land Preußen, v. Papen, voraussichtlich Anfang nächster Woche zusammentreten. Bei dieser Gelegenheit werden vermutlich auch wichtige Personalfragen erledigt werden.

Note Fahnen auf Thüringer Gemeindegebäuden verboten

Weimar, 3. Februar. Das Innenministerium läßt darauf hinweisen, daß Beschlüsse von Gemeinden und Kreisvertretungen, auf dem Rathaus oder sonstigen Gemeindegebäuden die rote Fahne zu hängen, das bestehende Recht verletzen. Bürgermeister und Landräte sind verpflichtet, derartige Beschlüsse unverzüglich zu beanstanden und dafür zu sorgen, daß der Beschluß über die Beflaggung nicht durchgeführt wird.

eingetreten ist. Die einzelnen Reichsvertreter des Reichskommissariats haben lediglich beratende Stimme, während die Entscheidung vom Reichskommissar v. Papen in den einzelnen Fällen ohne weiteres erlassen werden kann. Ein kommissarisches Kabinett, wie es bisher neben dem Kabinett Braun bestanden hat, soll es nun nicht mehr geben.

Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags hat ihren Auflösungsantrag, der die sofortige Auflösung des Landtags verlangte, dahin geändert, daß die

Auflösung erst am 4. März in Kraft

treten soll. Diese Forderung ist erfolgt, um den Abgeordneten im Wahlkampf ihre Freiheiten zu erhalten. Mehrkosten gegenüber einer sofortigen Auflösung des Landtags entstehen dadurch nicht. Was die am Sonntag vom Preussischen Landtag zu treffende Entscheidung über den nationalsozialistischen Auflösungsantrag angeht, so ist auch jetzt noch nicht mit Sicherheit zu sagen, welche Haltung die kommunistische Fraktion einnehmen wird. Die Kommunisten haben, wie in ihren Kreisen erklärt wird, kein Interesse an einer vorzeitigen Bekanntgabe ihrer Stellungnahme, da sie den anderen Parteien keine Gelegenheit geben wollen, sich schon vorher auf die kommunistische Haltung einzustellen.

Der Zeitpunkt der Einberufung der Weltwirtschaftskonferenz kann nach Ansicht der „Times“ erst entschieden werden, wenn die Schuldenerhandlungen erledigt seien oder doch so weit Fortschritte gemacht hätten, daß das Lausanner Reparationsabkommen durchgeführt werden könne. Dies sei nach Ansicht der Regierung die unbedingt notwendige Voraussetzung für eine wirtschaftliche Wiederherstellung der Welt.

Kommunistische Zusammenstöße mit der Polizei

Senftenberg, 3. Februar. Entgegen dem Verbot der Regierung veranstalteten mehrere hundert Mitglieder der R.P.D. auf dem Senftenberger Industriegebiet einen öffentlichen Umzug. Die Demonstranten kamen der polizeilichen Aufforderung zum Auseinandergehen nicht nach, so daß die Beamten mit dem Gummiknüppel eingreifen mußten. Hierbei kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf drei Polizisten und mehrere Zivilisten leicht verletzt wurden. Fünf Kommunisten wurden zwangsgewaltig

Wieder eine Frau erschossen

Duisburg, 3. Februar. Am Donnerstagabend gegen 10 Uhr wurde in der Erlentstraße in Duisburg-Wanneimer Ort die 34jährige Frau Wilhelmine Stritz in dem Augenblick durch einen Kopfschuß getötet, als sie das Fenster öffnete und den Kopf hinausstreckte. Die näheren Umstände sowie der Täter konnten noch nicht ermittelt werden.